

sondern nur Gutachten abgeben könnten, entschieden haben, so könnten noch Monate vergehen, und dann hätte schließlich noch das Reichsgericht zu entscheiden, ob Bücher Gegenstände des täglichen Bedarfs sind — das sei doch des Pudels Kern — oder nicht. Sämtliche Organe des Buchhandels, viele wissenschaftliche Kreise seien der Ansicht, daß Bücher nicht Gegenstände des täglichen Bedarfs seien, und es sei zu hoffen, daß sich seinerzeit auch die höchste richterliche Instanz dieser Auffassung nicht verschließen werde. Sehr erfreulich sei es, daß Geheimrat Siegmund in seinem im Börsenblatt Nr. 190 abgedruckten Schreiben recht energische Worte zur Abwehr der Angriffe auf die Teuerungszuschläge gefunden habe. Er hoffe, daß sich der Vorstand jetzt zu der Ansicht bekehrt habe, daß man der Notstandsordnung mit allen Mitteln Geltung verschaffen müsse, und daß man jetzt auch endlich über die Ausnahmen, die etwa nötig seien — nach seiner, des Redners, Ansicht dürften Ausnahmen überhaupt nicht in Betracht kommen — beschließen möge. Nur durch ganz energisches Eingreifen könne der Börsenverein verhüten, daß der Ladenpreis verloren gehe und der Buchhandel dem Ruin entgegengeführt werde.

Auf die allseitig warm aufgenommenen und mit großem Beifall begrüßten vortrefflichen Ausführungen des 1. Vorstehers der Gilde erwiderte in längeren Ausführungen der Erste Vorsteher des Börsenvereins, Herr Hofrat Dr. Meiner. Er verwies auf die vielen Schwierigkeiten, die dem Börsenverein bereitet würden, verteidigte das Zaudern des Börsenvereins und ermahnte zur Besonnenheit, da er sich viel von dem persönlichen Einfluß maßgebender Kreise auf die widerstrebenden Sortiment- und Verleger verspräche. Bisher hätte der Börsenverein durch diese Politik des Abwartens Erfolge erzielt, und dem Sortiment- ginge es augenblicklich doch recht gut. Der Börsenverein wolle jedoch jetzt energisch gegen die widerstrebenden Sortimenter vorgehen. Am 4. und 5. Oktober solle in Leipzig eine gemeinsame Sitzung der Vorstände des Börsenvereins, des Verbandes der Kreis- und Ortsvereine, des Deutschen Verlegervereins und der Gilde stattfinden, die über die Ausnahmen beraten werde. Über diese Ausführungen entspann sich dann eine längere Debatte, in der u. a. Weitbrecht-Hamburg, Burmeister-Stettin, Ruffer-München, Meißner-Hamburg, Braun-Marburg, Edardt-Heidelberg, Steffen-Dorimund, Hofrat Dr. Ehlermann-Dresden, Prager-Berlin, das Wort ergriffen. Der letztere verwahrte sich vor allem gegen die Äußerung Dr. Meiners, daß die Sortimenter jetzt glänzende Geschäfte machten; bei einer gewissenhaften Prüfung zeige sich, daß nicht viel übrig bliebe, die Spesen wüchsen mit jedem Tage, und die angebliche Hochkonjunktur erweise sich als ein Scheingebilde. Die Hamburger Herren beschäftigten sich vorwiegend mit der Frage des Hinaufzeichnens alter Bücherbestände; der Börsenvereinsvorstand hatte erklärt, daß dies nicht geschützt werden und eventl. von den Behörden bestraft werden könne. Die Hamburger, und mit ihnen die Mehrzahl der Versammlung, waren der Meinung, daß das Hinaufzeichnen unbedingt nötig sei, schon um die Einheitlichkeit des Ladenpreises zu wahren und den Sortiment- vor späteren Verlusten zu schützen, denn ebensogut, wie er jetzt etwa billig erworbene Bestände höher auszeichnen müsse, sei er später gezwungen, teuer erworbene Sachen im Preise herabzusetzen. Burmeister verlangt, daß die Verleger ihre Bücher mit Teuerungszuschlag anzeigen und dazu bemerken, daß dazu noch der Sortimenterteuerungszuschlag komme. Braun tadelt das Vorgehen von Müller-München mit seinen enormen Preiserhöhungen und bemängelt, daß die Firma Teubner in manchen ihrer Bücher drei verschiedene Preisangaben habe. Es sei höchste Zeit, daß die Unsicherheit der Ladenpreise beseitigt werde. Dr. Ehlermann betrachtet die Praxis des Verlegers, seine eigenen Zusätze nicht anzuzeigen, als ungerechtfertigt und will diesen Standpunkt auch im Deutschen Verlegerverein vertreten. Ruffer-München verliest ein Schreiben des Bayerischen Kriegswuchersamtes und teilt mit, daß der Münchener Verein den Anweisungen desselben Widerspruch entgegengesetzt und sich nicht gefügt habe. So ging die Debatte hin und her, aber alle Redner waren sich darin einig, daß die Beschlüsse der Hauptversammlung des Börsenvereins mit aller Energie durchgeführt

werden müßten, unbeschadet der Stellungnahme der Behörden, einzelner Verleger und Sortiment-er. Nitschmann betonte in seinem Schlußwort nochmals diese erfreuliche Einmütigkeit und hofft nunmehr, daß der Börsenverein sein Versprechen erfüllen und seinen Gesetzen Geltung verschaffen werde. Damit endigte die sehr interessante, sehr sachlich und ruhig geführte Debatte über diesen ersten, wichtigsten Punkt der Tagesordnung.

Man erteilte jetzt Diederich-Pirna das Wort zu seinem Referat über die Zuschläge der Barsortimenter. Auf diese sehr sachlich gehaltenen Ausführungen, die den Schwierigkeiten des Barsortiments voll gerecht wurden, aber auch beleuchteten, wie die Bücher dadurch verteuert und die Spesen der Sortiment-er sich im Laufe der Jahre gesteigert hätten, erwiderte Herr Hans Voldmar. Er dankte dem Vorredner für seine Ausführungen, die frei von allen Gehässigkeiten und Übertreibungen gewesen seien, und machte u. a. sehr interessante Mitteilungen über die Arbeit im Barsortiment und die großen Kosten, die diesen Betrieben allein durch die andauernden Preisänderungen des Verlags erwüchsen; sie hätten etwa 195 000 M im letzten halben Jahre betragen. Der Gewinn des Barsortiments hätte früher vorwiegend in den gewährten Freiemplaren bestanden, die jetzt bei den geänderten Bezugsbedingungen des Verlags vielfach in Wegfall kämen. Prager wie auch Diederich empfahlen dem Barsortiment, manche überflüssige Artikel abzustößen, dadurch würde viel gespart und auch der Katalog wieder einen handlichen Umfang erhalten.

Mit diesem Referat schlossen die Verhandlungen des ersten Tages; ein gutes Abendessen vereinigte darauf die Teilnehmer und hielt sie noch längere Zeit in anregendem Gespräch und Meinungsaustausch zusammen.

Bereits um 9 Uhr morgens begannen am nächsten Tage die Verhandlungen, und zwar sprach Prager über Übergangswirtschaft im Buchhandel, ein Thema, das er beherrscht und über das er gern spricht, ohne dafür jetzt, wie in früheren Jahren, große Gegenliebe zu finden. Auch diesmal wurde Widerspruch dagegen erhoben, daß wichtigere Fragen gegen eine Sache, die doch vielleicht noch in recht weiter Ferne liege, zurückgestellt würden. 14 Punkte stellte Prager als wichtig für den Buchhandel hin und besprach sie in interessanter Weise. An einen derselben, nämlich den paritätischen Arbeitsnachweis, knüpfte sich eine längere, sehr interessante und teilweise recht erregte Debatte. Prager hatte darüber geklagt, daß Leipzig gegen diesen Arbeitsnachweis gewesen sei und der Börsenverein gar kein Entgegenkommen gezeigt habe, was auch Dr. Widardt und Nitschmann bestätigten, die den Arbeitsnachweis warm befürworteten. Dagegen wehrten sich die Leipziger, besonders Linnemann und Hiersemann. Der erstere bestritt, daß Leipzig gegen den Arbeitsnachweis gewesen sei, auch der Erste Vorsteher des Börsenvereins stimmte ihm bei und bedauerte, daß die Gründung seinerzeit ohne Fühlung mit dem Börsenverein erfolgt sei. Die Gehilfenverbände seien dagegen gewesen. Auch er halte einen paritätischen Arbeitsnachweis für ganz überflüssig, der Börsenverein werde eine allgemeine Stellenvermittlung in erweiterter Form einführen. Der Arbeitsnachweis stelle Forderungen auf, die man sich nicht bieten lassen dürfe und bieten lassen könne. Auch Jäh-Halle erblickt in dem paritätischen Arbeitsnachweis eine Gefahr für den Buchhandel; der Buchhandel sei nicht stark genug, um Sozialpolitik zu treiben; er bittet, sich dem Arbeitsnachweis gegenüber ablehnend zu verhalten. Sehr kräftige Töne fand Hiersemann-Leipzig, dem der Arbeitsnachweis als eine verschleierte Kriegsgesellschaft erscheint. Er verwahrte sich unter dem Beifall sämtlicher Nicht-Berliner gegen die Zentralisation aller Gesellschaften, Behörden usw. in Berlin. Man müsse dagegen ganz entschieden Front machen; so wie bisher ginge es nicht weiter, die Stellung Berlins wachse sich zu einer Gefahr für das deutsche Volk und seine Zukunft aus.

So wurde schließlich aus dem Thema Übergangswirtschaft eine Protesterklärung gegen die Vorherrschaft Berlins, wie wir sie jetzt fast überall, sei es in Nord-, sei es in Süd-, West- oder Ostdeutschland erlebt haben und die den leitenden Männern doch beizetzten die Augen öffnen sollte. Handelt es sich doch hier